

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Martin Sichert, René Springer, Jörg Schneider und der Fraktion der AfD

Reformierung des Ausbildungswesens

Ausweislich des im April 2019 von Seiten der Bundesregierung veröffentlichten „Berufsbildungsberichts 2019“ (abrufbar unter: www.bmbf.de/upload_filestore/pub/Berufsbildungsbericht_2019.pdf) war im Jahr 2018 mit insgesamt 57.656 unbesetzten Ausbildungsstellen für zahlreiche Berufsbranchen ein erheblicher Mangel an Auszubildenden zu verzeichnen (Seite 34 des „Berufsbildungsberichts 2019“).

Auf diesen Mangel an Auszubildenden und – daraus resultierend – an Arbeitskräften in den betreffenden Berufsbranchen ist für den Bereich der Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialberufe – sog. GES-Berufe – mit einer starken Expansion des Ausbildungsbereiches (Seite 13 des „Berufsbildungsberichts 2019“) und für den Bereich der Pflegeberufe mit einer Reformierung der betreffenden Ausbildungsgänge reagiert worden (Seite 94 und 157 des „Berufsbildungsberichts 2019“).

Gegenüber der steigenden Anzahl an unbesetzten Ausbildungsstellen ist eine immer höhere Anzahl an Schulabgängern mit einer Hochschulzugangsberechtigung zu verzeichnen, deren tendenzielle Präferenz auf die Absolvierung eines Hochschulstudiums anstelle einer Berufsausbildung gerichtet ist (Seite 11, 22 sowie 29 und 30 des „Berufsbildungsberichts 2019“). Als Ursachen für diese Tendenz wird innerhalb des Berufsbildungsberichts angeführt: „Für die wahrgenommene soziale Anerkennung erscheint es jungen Menschen besonders wichtig, nicht ‚ungebildet‘ zu wirken. Dies bedeutet nach den Befragungsergebnissen des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) auch, nicht in Berufen tätig zu sein, in denen der Hauptschüleranteil hoch ist. Maßnahmen, die darauf ausgerichtet sind, die Nachfrage der Jugendlichen nach bestimmten Berufen zu stärken, dürfen sich somit nicht nur darauf beschränken, das Interesse an der Tätigkeit zu wecken. Die bisherigen Ergebnisse des BIBB-Forschungsprojektes zeigen, dass es ebenso wichtig ist, die durch den Beruf eröffneten Möglichkeiten in Bezug auf Einkommen, gute Arbeitsmarkt- und Aufstiegschancen und soziale Anerkennung in den Blick zu nehmen, vermeintliche oder reale Wettbewerbsnachteile gegenüber anderen Berufen zu verringern und diese Veränderungen den Jugendlichen und ihren Eltern bewusst zu machen.“ (Seite 30 des „Berufsbildungsberichts 2019“).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Für welche Ausbildungsberufe im Einzelnen sind auf Seiten der Bundesregierung – wie für den Bereich der GES-Berufe und der Pflegeausbildung bereits initiiert – Ausweitungen oder Reformierungen der betreffenden Aus-

bildungsgänge und Ausbildungsinhalte zur Steigerung der Attraktivität der betreffenden Ausbildungsgänge beabsichtigt (bitte nach einzelnen Ausbildungsberufen sowie der Art der Ausweitungen und Reformierungen jeweils gesondert darstellen)?

Welche Kosten werden die auf Seiten der Bundesregierung beabsichtigten Ausweitungen oder Reformierungen der betreffenden Ausbildungsgänge und Ausbildungsinhalte (vgl. Frage 1) nach Ansicht der Bundesregierung verursachen (bitte nach einzelnen Ausbildungsberufen sowie der Art der Ausweitungen und Reformierungen jeweils gesondert darstellen)?

2. Für welche Ausbildungsberufe im Einzelnen sind auf Seiten der Bundesregierung – wie für den Bereich der GES-Berufe und der Pflegeausbildung bereits initiiert (Seite 13, 94 und 157 des „Berufsbildungsberichts 2019“) – Ausweitungen oder Reformierungen der betreffenden Ausbildungsgänge und Ausbildungsinhalte zur Steigerung der Attraktivität der betreffenden Ausbildungsgänge innerhalb der letzten zehn Jahre bereits ergriffen worden (bitte nach Jahreszahlen, einzelnen Ausbildungsberufen sowie der Art der Ausweitungen und Reformierungen jeweils gesondert darstellen)?

Welche Kosten haben die innerhalb der letzten zehn Jahre bereits ergriffenen Ausweitungen oder Reformierungen der betreffenden Ausbildungsgänge und Ausbildungsinhalte bisher verursacht (bitte nach Jahreszahlen, einzelnen Ausbildungsberufen sowie Art der Ausweitungen und Reformierungen jeweils gesondert darstellen)?

3. Welche Ausbildungsberufe im Einzelnen, in denen ein Mangel an Auszubildenden und Arbeitskräften besteht, beabsichtigt die Bundesregierung zur Steigerung der Attraktivität der betreffenden Ausbildungsgänge zu Studienfächern umzuwandeln (bitte nach einzelnen Ausbildungsberufen jeweils gesondert darstellen)?

Welche Kosten werden die auf Seiten der Bundesregierung beabsichtigten Umwandlungen von Ausbildungsgängen in Studienfächer nach Ansicht der Bundesregierung verursachen (bitte nach einzelnen Ausbildungsberufen jeweils gesondert darstellen)?

4. Welche Maßnahmen im Einzelnen sind von Seiten der Bundesregierung geplant, um in Deutschland ansässige Personen aus einem nichteuropäischen Asylzugangsland in Berufssparten mit einem Übermaß an unbesetzten Arbeitsstellen – sog. Mangelberufe – zu vermitteln?

5. Ist nach Auffassung der Bundesregierung die nach Ansicht der Fragesteller in den vergangenen Jahren fortgeschrittene Absenkung der Leistungsanforderungen für die Erlangung der allgemeinen Hochschulreife (vgl. hierzu: Wolfgang Harnischfeger, „Der steigende Notenschnitt ist nicht das Problem“, abrufbar über: www.tagesspiegel.de/berlin/abitur-in-berlin-der-steigen-de-notenschnitt-ist-nicht-das-problem/19717250.html; Thomas Vitzthum/Céline Lauer, „Die gefährliche Entwertung des deutschen Abiturs“, abrufbar über: www.welt.de/politik/deutschland/article129189233/Die-gefaehrliche-Entwertung-des-deutschen-Abiturs.html; Ulrike Bäuerlein, „Weniger Wissen bei gleichen Noten: Wird das Abitur immer leichter?“, abrufbar über: www.suedkurier.de/baden-wuerttemberg/Weniger-Wissen-bei-gleichen-Noten-Wird-das-Abitur-immer-leichter;art417930,10202958) als ursächlich für das zunehmend geringer ausfallende Ansehen von Ausbildungsberufen auf Seiten von Schulabgängern und potentiellen Auszubildenden anzusehen?

6. Welche Maßnahmen im Einzelnen sind von Seiten der Bundesregierung geplant, um das Ansehen von Ausbildungsberufen auf Seiten von Schulabgängern zu steigern?

Berlin, den 27. November 2019

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

